

Rechtsgebiet: 25. Fürstentum Waldeck.

Gesetzliche Grundlage:

Gemeindeordnung vom 16. August 1855 in der Fassung vom 6. April 1888.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht (Gemeinderecht) wird kraft Gesetzes von jedem Staatsangehörigen erworben, der

1. selbständig ist, d. h. das 25. Lebensjahr zurückgelegt und einen eigenen Hausstand hat,
2. seit einem Jahre in der Gemeinde seinen Wohnsitz hat,
3. mindestens 3 Mk. als Jahresbeitrag an direkten Steuern entrichtet oder ein Grundstück im Werte von 300 Mk. oder ein Wohnhaus im Gemeindebezirke besitzt.

Das Bürgerrecht wird verloren, wenn die vorstehenden Erfordernisse nicht mehr zutreffen oder wenn der Berechtigte wegen Diebstahls, Betrugs, Fälschung, Unterschlagung rechtskräftig verurteilt oder wegen anderer Verbrechen oder Vergehen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der bürgerlichen Ehre verlustig geworden ist.

Es ruht bei Konkurs, Kuratel, Armenunterstützung, Anklage wegen solcher Verbrechen oder Vergehen, die den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben können.

II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.

Wahlberechtigt sind

1. alle Bürger,
2. wer in einer Gemeinde an direkten Staats- und Gemeindeabgaben so viel entrichtet als einer der drei höchst besteuerten Gemeindevähler, auch ohne in der Gemeinde zu wohnen oder sich dort aufzuhalten, ist zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt, sofern er nur überhaupt das Bürgerrecht in einer inländischen Gemeinde besitzt,
3. unter den gleichen Voraussetzungen wie unter 2. sind auch juristische Personen und öffentliche Institute wahlberechtigt, die in der Gemeinde ein stehendes Gewerbe betreiben oder Grundstücke besitzen; ferner volljährige Frauen und minderjährige Männer (müßte wohl richtiger heißen: „Männer unter 25 Jahren“), die in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

Die unter 3. Genannten üben ihr Wahlrecht durch einen Stellvertreter aus, der selbst stimmberechtigt sein muß.